

Per Mail: [vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch](mailto:vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch)

Bern, 16. Mai 2023

**Vernehmlassung: Änderung der Ausführungsverordnungen (VZAE, VVWAL, AsyIV 2) zum Ausländer- und Integrationsgesetz und zum Asylgesetz (Anpassungen des Status der vorläufigen Aufnahme)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Mit der vorliegenden Vorlage sollen die notwendigen Verordnungsanpassungen vorgenommen werden, um die im Oktober 2021 vom Parlament beschlossene Änderung des Asylgesetzes teilweise in Kraft zu setzen. So sollen insbesondere die Voraussetzungen für den Kantonswechsel von vorläufig aufgenommenen Personen konkretisiert werden. Ausserdem sieht die Vorlage zwei weitere Ordnungsänderungen vor, welche den Zugang zur Erwerbstätigkeit erleichtern sollen. Zum einen soll neu keine zusätzliche Arbeitsbewilligung mehr erforderlich sein, wenn bereits eine Aufenthaltsbewilligung aufgrund eines schwerwiegenden persönlichen Härtefalls erteilt wurde. Gleichzeitig wird bei bestimmten Massnahmen zur beruflichen Eingliederung eine Ausnahme von der Meldepflicht der Erwerbstätigen vorgeschlagen.

**Grundsätzliche Unterstützung für die Ordnungsänderungen**

Die Mitte unterstützt die Ordnungsänderungen im Grundsatz, welche vor allem technischer Natur sind. Die beantragten Änderungen erleichtern die berufliche Integration und führen zu einer administrativen Entlastung für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber bei der Einstellung von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen. Mit dem Abbau dieser Hürden wird ausserdem auch die Abhängigkeit vorläufig aufgenommener Personen von der Sozialhilfe vermindert, was einerseits die wirtschaftliche und soziale Eigenständigkeit fördert und andererseits die Sozialhilfekosten senkt. Beide Zielsetzungen unterstützt die Mitte. Auch begrüsst Die Mitte insbesondere, dass die Änderungen keine negativen finanziellen Auswirkungen haben, sondern sogar zu einer moderaten administrativen Entlastung für die kantonalen Vollzugsbehörden führen.

**Die Mitte**

Sig. Gerhard Pfister  
Präsident Die Mitte Schweiz

Sig. Gianna Luzio  
Generalsekretärin Die Mitte Schweiz